

Deutsche Humanistische Solidarische Partei

Gemeinsam für ein sicheres und lebenswertes Deutschland

Gemeinsam für ein sicheres und lebenswertes Europa.

Parteivorstand
14.7.2018

Inhalt

Wir brauchen mehr Solidarität.....	3
Solide Staatseinnahmen.....	4
Reform der Einkommenssteuer	4
Erbschaftssteuer.....	4
Vermögenssteuer	4
Grundsteuer	5
Staatsfinanzierung.....	5
Familien als sicherer Hafen im Land.....	6
Ehe.....	6
Familie	6
Kindergeld	6
Betreuungsschlüssel.....	6
Grundsicherung.....	7
Arbeitslosenversicherung.....	7
Grundeinkommen	7
Auszubildende	7
Mindestlohn	7
Sicherheit für die Schwächsten im Land	8
Betreuungsschlüssel.....	8
Pflegeschlüssel	9
Mindestrente.....	9
Starker Staat.....	10
Gesunder Staatsapparat.....	10
Abschaffung des Heimatministeriums	10
Wiedereinführung mittlerer Dienst.....	10
Erhöhung der Besoldung	10
Transparenz bei Einnahmen von Politikern.....	10
Tätigkeitsverbot wegen Interessenskonflikten	11
Bundeswehr.....	11
Ministerium für Digitales.....	11
Abmahnungen	11
Datenschutz.....	11
Verschlüsselung.....	11
Vertrauen statt Verdacht	12
Vorratsdatenspeicherung.....	12

Videüberwachung	12
Vorbeugehaft.....	12
Bildungspolitik.....	12
Eine starke Gemeinschaft.....	13
Soziales Jahr.....	13
Freiwilligen Dienste	13
Religion.....	13
Weltpolitik.....	14
Europa	14
EZB.....	14
Schuldenpolitik.....	14
Flüchtlinge	14
Wahlaufruf	15

Vorbemerkung

In unserem Parteiprogramm benutzen wir, aus Gründen der besseren Lesbarkeit, nur eine Geschlechtsform, zum Beispiel: Bürger statt Bürgerinnen und Bürger. Dies stellt keine geschlechtsspezifische Diskriminierung dar. Wir sprechen in unserem Parteiprogramm grundsätzlich alle Menschen an, unabhängig ihres Geschlechtes.

Wir brauchen mehr Solidarität

Unser Land steht an einem Scheideweg: Wollen wir das Ziel von einem vereinten Deutschland in einem vereinten Europa weiterführen und das Ziel sogar erreichen oder wollen wir uns vor der Welt verschließen.

Die Wirtschaft in Deutschland hat von dem europäischen Gedanken stark profitiert. Die Wirtschaft ist gewachsen und der Reichtum in Deutschland ist größer geworden. Der Staat hat sich „gesund geschrumpft“ und seine Ausgaben verringert. Wir haben einen fast ausgeglichenen Haushalt und in der Presse kann man lesen, dass es uns so gut geht, wie noch nie. Und dennoch fühlen sich immer mehr Menschen abgehängt und vom Staat im Stich gelassen.

All denen die nichts haben, kann der Staat zurzeit keine Perspektive anbieten. Die Sozialgesetzgebung der letzten Regierungen hat genau diesen Menschen auch noch die letzten Möglichkeiten zur Entwicklung von Zielen genommen. Bei der Grundsicherung reicht es nicht vorne und nicht hinten. Die Förderung und den Schutz der Kinder und die Pflege der Alten kann der, inzwischen, verkümmerte Staatsapparat nicht mehr gewährleisten. Die Beamten schieben teilweise Überstunden im dreistelligen Bereich vor sich her.

In dieser Situation kamen Menschen nach Europa und nach Deutschland die vor Krieg, Zerstörung, Mord und Armut flüchteten und sich auf gemacht haben in eine sicherere Zukunft für sich oder ihre Kinder. Der europäische Gedanke, einer für alle und alle für einen, wird ignoriert und der – für 70 Jahre totgeglaubte - braune Abschaum erstarkt wieder in allen Ländern. Anstatt an den Verträgen festzuhalten, die geschlossen wurden, wird sich verschlossen und das bei Fortführung der europäischen Subventionen. Dies kann nicht Lösung sein.

Als humanistisch ausgerichtete Partei steht stets der Mensch im Mittelpunkt unseres Wirkens.

Als solidarisch agierende Partei wollen wir stets die Gemeinschaft in die Verantwortung nehmen, aber auch den Starken mehr abverlangen, als den Schwachen.

Wir brauchen:

- Solide Staatseinnahmen
- Familien als sicheren Hafen im Land
- Sicherheit für die Schwächsten im Land
- Einen starken Staat
- Eine starke Gemeinschaft

Solide Staatseinnahmen

Ein Staat ist auf vielerlei Hinsicht auf seine Bürger angewiesen. Ein wesentlicher Aspekt ist die Finanzierung der Leistungen des Staates. Denn nur so kann der Staat seinen Bürgern ein sicheres und funktionierendes Umfeld bieten. Aus diesem Grund bilden die Maßnahmen für eine solide, aber auch solidarische, Finanzierung des Staates einen so zentralen Punkt in unserem Programm.

Reform der Einkommenssteuer

Ein Baustein für sichere Staatseinnahmen stellt die Einkommenssteuer dar. In ihrer jetzigen Form ist eine Einkommenssteuererklärung komplexer, als so mancher Bauplan für ein Flugzeug.

Unsere Forderung ist eine Reform der Einkommenssteuer und der Beiträge zu den Sozialversicherungen. Wir fordern:

- Gestaffelte Einkommenssteuer von 5,0% bis 42,5% für Spitzenverdiener
- Einkommenssteuerfreigrenze von 20.000€/Jahr
- Eine Abhängigkeit der Sozialversicherungen vom Brutto, nicht von der Einkommenssteuer
 - Krankenversicherungen: 7,5%
 - Rentenversicherungen: 5,0%
 - Pflegeversicherung: 1,5%
 - Arbeitslosenversicherung: 2,5%
- Einkommenssteuerbefreiung für die Rente – keine Doppelbesteuerung
- Eine Reduzierung der Einkommenssteuer im Lohnsteuerjahresausgleich um 1% je im haushaltlebendem Kind unter 18.

Erbschaftssteuer

Der zweite Baustein für sichere Staatseinnahmen ist die Erbschaftssteuer. Jedes Erbe muss versteuert werden. Erben stellt keine eigene Leistung dar, es ist ein Zugewinn. Die Erbschaftssteuer nimmt nichts von dem, was sie bisher hatten. Die Erbschaftssteuer beteiligt die Allgemeinheit an den Erfolgen ihrer Vorfahren. Sie können darauf stolz sein.

Vermögenssteuer

Wer viel hat, kann auch viel geben. Aus diesem Grund fordern wir die Einführung einer Vermögenssteuer. Diese soll erhoben werden für alle Barvermögen, welche in Summe 1.000.000€ pro Haushalt übersteigen. Unter Barvermögen verstehen wir das Geld, welches auf Bankkonten liegt, Bargeld im Geldbeutel oder in der Geldkassette und Geld in Form von Schecks.

Die Vermögenssteuer soll eine Höhe von 5% haben.

Grundsteuer

Das die aktuelle Berechnung der Grundsteuer verfassungswidrig ist, ist inzwischen höchstrichterlich festgestellt. Daher wollen wir diese Gelegenheit nutzen und die Grundsteuer so gestalten, dass sie den Bau von passendem Wohnraum fördert.

- Die Grundsteuer A (agrarisch genutzte Flächen) wird noch nicht reformiert
- Die Grundsteuer B und C werden zusammengefasst und reformiert:
 - Je m² unbebauter Fläche 2 €
 - Je m² Wohnraum 1€
 - Dividiert durch den Personenbezugssatz, dieser setzt sich wie folgt zusammen:
 - Grundstücksfläche:
 - je lebende Person über 18 Jahre werden 200 m² angerechnet,
 - je lebende Person über 12, aber unter 18 Jahre werden 150 m² angerechnet,
 - je lebende Person unter 12 Jahre werden 125 m²angerechnet
 - Wohnfläche:
 - je lebende Person über 18 Jahre werden 80 m² angerechnet,
 - je lebende Person über 12, aber unter 18 Jahre werden 60 m² angerechnet,
 - je lebende Person unter 12 Jahre werden 50 m²angerechnet
 - multipliziert mit dem Gemeindehebesatz
 - dieser wird durch jede Gemeinde festgelegt

Dies führt dazu, dass unbebaute Baugrundstücke in ihrer vollen Größe mehr kosten werden, auch große Innenstadt-Penthouse-Wohnungen werden teurer.

Eine Familie, 2 Erwachsene und 2 Kinder unter 12, hätte nur dann die vollen Beträge zuzahlen, wenn ihr Grundstück 650 m² (2* 200 m² + 2*125 m²) groß wäre und das Haus mehr Wohnfläche hätte als 260 m² (2*80 m² + 2* 50 m²).

Staatsfinanzierung

Während der Finanzkrise und den damit abrutschenden Staaten in Europa wurde uns von „Wirtschaftsexperten“ verkündet, diese Staaten könnten nur durch Kredite gerettet werden. Diese Kredite dürften aber nicht von der Europäischen Zentralbank (EZB) direkt an die Staaten vergeben werden, sondern müsse an Banken gehen und diese würden dann den Staaten das Geld leihen.

Die EZB hat die Kredite für Zinsen weit unter 1% an die Banken verliehen. Die Banken haben das Geld für über 5% an die Staaten verliehen. Warum? Warum finanzieren wir als Staat auch noch die Finanzinstitute mit, wenn wir Geld von der EZB benötigen?

In den USA und Japan werden die Staaten von den jeweiligen Zentralbanken finanziert, für Zinsen zwischen 0,01% und 1%. Warum sollte dies nicht auch in Europa möglich sein?

Wir fordern eine Direktfinanzierung der europäischen Staaten durch die EZB.

Familien als sicherer Hafen im Land

Familien sind das Herzstück in einem Land. Deshalb sollte ein Staat alles daransetzen, ein Umfeld zu schaffen, um Familien zu gründen. Eine Familie entsteht durch das Gefühl von Zusammengehörigkeit, Geborgenheit und die Übernahme von Verantwortung für einander und nicht durch einen Verwaltungsakt.

Ehe

Wir verstehen unter der Ehe ein Bund fürs Leben zwischen zwei Liebenden. Aus diesem Grund wollen wir eine vollwertige Gleichsetzung der gleichgeschlechtlichen Ehe mit der „traditionellen Form“ in allen Belangen umsetzen. Denn nur so können aus allen geschlechtlich-kombinierten Ehen auch Familien werden.

Familie

Die zentrale Institution in unserem Land war und ist die Familie. Für uns ist Familie ein oder mehrere Elternteile und mindestens ein Kind. Wir müssen die Vorbehalte gegenüber Familien abbauen, in denen viele Kinder auswachsen. Wir wollen die Bildung von Familien fördern, denn den Kindern gehört die Zukunft.

Kindergeld

Kinder kosten oft Nerven, aber sie kosten auch immer Geld. Aus diesem Grund wollen wir das Kindergeld erhöhen und eine regelmäßige Überprüfung der Höhe umsetzen. Außerdem darf das Kindergeld bei keiner staatlichen Leistung als Einkommen gewertet werden.

Wir fordern:

- Höhe des Kindergeldes für 1. Kind: 210€
- Höhe des Kindergeldes für 2. Kind: 225€
- Höhe des Kindergeldes für 3. Kind: 245€
- Höhe des Kindergeldes für jedes weitere Kind: 275€

Betreuungsschlüssel

Die Kinderbetreuung muss gewährleistet sein, denn nur so können schon die Kleinsten in unserem Land ihre sozialen Kompetenzen entwickeln und das Miteinander erleben. Daher brauchen wir neben der Einführung von einem Anspruch auf eine Kinderbetreuung ab dem 3. Lebensjahr auch einen verbindlichen Betreuungsschlüssel für alle Einrichtungen, in denen Kinder und Jugendliche betreut werden.

Das dies nicht innerhalb eines Jahres zu erreichen ist, ohne dass die Qualität der Betreuer sinkt ist uns bewusst. Daher muss diese Vorgabe mit einer Erhöhung der Ausbildungsplätze und einer Umsetzungszeit, in Höhe eines Ausbildungsdurchgangs einher gehen.

Für Einrichtungen, in denen Kinder unter 3 Jahre betreut werden, darf ein Betreuer maximal 5 Kinder betreuen.

Für Einrichtungen, in denen Kinder über 3 Jahre oder Jugendliche betreut werden, darf ein Betreuer maximal 10 Kinder/Jugendliche betreuen.

Diese Regelung ist für Schulen nicht anwendbar.

Grundsicherung

Um sich selbst und ggf. auch eine Familie ernähren zu können braucht es manchmal finanzielle Unterstützung des Staates. Die wurde mit Hartz IV versucht und die bisherigen Regierungen haben es versäumt den Schritt richtig zu gehen. Der Satz von Hartz IV ist so gering, dass ein Berechtigter immer noch als arm gilt. Zusätzlich ist der Antragsweg zur vollen staatlichen Unterstützung gepflastert mit einer Vielzahl von Anträgen bei unterschiedlichsten Behörden.

Auch ein Arbeitnehmer, welcher halbtags für den Mindestlohn arbeitet, bleibt unterhalb der Armutsgrenze mit seinem Einkommen.

Arbeitslosenversicherung

An dem System der Arbeitslosenversicherung soll festgehalten werden.

Grundeinkommen

Das Hartz IV-System müssen wir reformieren. Alle, bisherigen separat zu beantragenden, Leistungen rund um Hartz IV und die Sozialhilfe werden zusammengefasst.

Daraus entsteht ein Grundeinkommen, welches all jenen Menschen gezahlt wird, die kein Anspruch auf das Arbeitslosengeld haben.

Das Grundeinkommen soll 1.300€/Monat betragen.

Auszubildende

Um den Anreiz für eine Ausbildung dennoch zu schaffen, wollen wir ein unterstützendes Finanzierungssystem einrichten. Somit soll gewährleistet werden, dass Betriebe weiterhin die Höhe der Ausbildungsvergütung beibehalten, die Auszubildenden aber dennoch mehr Geld zur Verfügung haben, als wenn sie auf das Grundeinkommen angewiesen sind.

Mindestlohn

Die Einführung des Mindestlohns ist ein Meilenstein des Sozialstaates. Aber auch dessen Höhe ist, wie schon bei Hartz IV, zu gering. Wir wollen einen Mindestlohn, von dem man auch leben kann.

Daher wollen wir den allgemeinen Mindestlohn auf 10,50€/h festsetzen.

Menschen, die sich für andere, schwächere Mitmenschen engagieren, wollen wir einen höheren Mindestlohn einrichten.

Daher wollen wir einen „Sozial-/Pfleger-/Betreuungs-Mindestlohn einführen, mit einer Höhe von 15,50€/h.

Sicherheit für die Schwächsten im Land

Der Zustand eines Landes lässt sich daran messen, wie es mit seinen ältesten und seinen jüngsten Einwohner umgeht.

Für Deutschland müssen wir, zurzeit, an dieser Stelle ein Armutszeugnis ausstellen.

Die Jüngsten werden in Betreuungseinrichtungen gesteckt, die völlig überlastet sind. Die Bildung der Jüngsten kann, weil die Schulen keine Lehrer bekommen, auch nicht 100%ig erfolgen. Bildung ist längst ein lukratives Geschäft geworden. Es geht um Rendite, um Einsparung und um Gewinnmaximierung.

Und die Ältesten?

Für diese gilt das gleiche. Pflege ist ein lukratives Geschäft geworden. Es geht um Rendite, um Einsparung und um Gewinnmaximierung – koste es was es wolle.

Das ist nicht mehr hinnehmbar. Jeder war mal jung und jeder wird alt werden – viele werden zu den Ältesten gehören. Wollen wir, in der aktuellen Situation noch einmal jung oder alt sein?

Betreuungsschlüssel

Die Kinderbetreuung muss gewährleistet sein, denn nur so können schon die Kleinsten in unserem Land ihre sozialen Kompetenzen entwickeln und das Miteinander erleben. Daher brauchen wir neben der Einführung von einem Anspruch auf eine Kinderbetreuung ab dem 3. Lebensjahr auch einen verbindlichen Betreuungsschlüssel für alle Einrichtungen, in denen Kinder und Jugendliche betreut werden.

Das dies nicht innerhalb eines Jahres zu erreichen ist, ohne dass die Qualität der Betreuer sinkt ist uns bewusst. Daher muss diese Vorgabe mit einer Erhöhung der Ausbildungsplätze und einer Umsetzungszeit, in Höhe eines Ausbildungsdurchgangs einher gehen.

Für Einrichtungen, in denen Kinder unter 3 Jahre betreut werden, darf ein Betreuer maximal 5 Kinder betreuen.

Für Einrichtungen, in denen Kinder über 3 Jahre oder Jugendliche betreut werden, darf ein Betreuer maximal 10 Kinder/Jugendliche betreuen.

Diese Regelung ist für Schulen nicht anwendbar.

Pflegeschlüssel

Was es für die Kinderbetreuung umzusetzen gilt, muss auch in der Pflege umgesetzt werden.

Daher brauchen wir einen verbindlichen Pflegeschlüssel für alle Einrichtungen, in denen pflegebedürftige Menschen betreut werden. Dies meint nicht nur dauerhafte Pflegeeinrichtungen, wie ein Alters-/Seniorenheim, sondern eben auch die Bettenstationen der Krankenhäuser.

Das dies nicht innerhalb eines Jahres zu erreichen ist, ohne dass die Qualität der Pflegekräfte sinkt ist uns bewusst. Daher muss diese Vorgabe mit einer Erhöhung der Ausbildungsplätze und einer Umsetzungszeit, in Höhe eines Ausbildungsdurchgangs einher gehen.

Für Einrichtungen, in denen Pflegebedürftige nach dem Pflegegrad 1 oder 2 betreut werden, darf eine Pflegekraft maximal für 10 Pflegebedürftige zuständig sein. Dies trifft auch für die normale Bettenstation eines Krankenhauses in der Nachtschicht zu.

Für Einrichtungen, in denen Pflegebedürftige nach dem Pflegegrad 3 betreut werden, darf eine Pflegekraft maximal für 8 Pflegebedürftige zuständig sein. Dies trifft auch für die normale Bettenstation eines Krankenhauses zu.

Für Einrichtungen, in denen Pflegebedürftige nach dem Pflegegrad 4 betreut werden, darf eine Pflegekraft maximal für 5 Pflegebedürftige zuständig sein.

Für Einrichtungen, in denen Pflegebedürftige nach dem Pflegegrad 5 betreut werden, darf eine Pflegekraft maximal für 3 Pflegebedürftige zuständig sein. Dies trifft auch für die Intensivstationen eines Krankenhauses zu.

Mindestrente

Im Alter muss ein sorgenarmes Leben möglich sein. Eine der größten Sorgen in unserer Zeit ist das Einkommen im Alter. Aus diesem Grund wollen wir die Einführung einer staatlichen Mindestrente, aber auch die Einführung einer staatlichen Maximalrente. So kann dem zunehmendem älter werden entgegnet werden, ohne dass einen im Alter die Armutssorge umtreiben muss.

Auch muss die Rente von der Einkommensteuer und der Arbeitslosenversicherung befreit werden.

Wir wollen, dass die Rente 65% des bisherigen Einkommens entspricht, aber

- wir wollen eine staatliche Mindestrente von 1.200€/Monat.
- wir wollen eine staatliche Maximalrente von 3.500€/Monat.

Das Rentenalter und Pensionsalter muss aufeinander abgestimmt werden und darf keine geschlechtsspezifischen Diskriminierungen mehr enthalten.

Wir denken, wer 63 Jahre alt ist, hat sich den Anspruch auf die Rente verdient und hat Anspruch auf die Rente. Wer jedoch länger arbeiten kann und will, soll dies genauso dürfen.

Wir denken, wer 70 Jahre alt ist, sollte nicht mehr arbeiten und muss daher in Rente gehen. Einen finanziellen Anreiz wollen wir aber bewusst nicht dafür setzen.

Starker Staat

In der aktuellen weltpolitischen Lage ist es wichtig, auch als Staat oder Staatenverbund, konsequent und geradlinig aufzutreten und zu agieren. Dies kann aber nur gewährleistet werden, wenn sich die Angestellten des Staates keine Sorgen um ihre Zukunft machen müssen, sie auch die Anerkennung erfahren, die sie verdienen und wenn sie auch die Möglichkeit erhalten sich angemessen zu entspannen. Alle jene, die im Dienst für unser Land ihr Leben verloren sollte angemessen gedacht werden.

Gesunder Staatsapparat

An allen Ecken wurde im öffentlichen Dienst gespart und zusammengeschrumpft. Dies führte zu einem erkrankten Staat, der es, gefühlt, nicht mehr schafft, seine Bevölkerung zu versorgen und zu schützen. Auch unsinnige Wildwüchse von ministerialer Zuständigkeit sind entstanden, die das Gefühl eines gesunden Staatsapparates vermissen lassen.

Abschaffung des Heimatministeriums

Heimat ist ein Gefühl, was entsteht, wenn man sich geborgen, sicher und wohl fühlt an einem Ort, in einem Land. Dafür ist ein Ministerium nicht der richtige Weg. Aus diesem Grund wollen wir den komplexen Bereich „Heimat“ wieder aus der alleinigen Zuständigkeit des Innenministeriums herauslösen.

Wiedereinführung mittlerer Dienst

Die Polizei arbeitet am Leistungslimit. Die Polizisten schieben vereinzelt Überstunden vor sich her, die einen dreistelligen Bereich erreicht haben. Dies führt mittelfristig zu Erkrankungen und Dienstunfähigkeiten.

Die Justiz schafft die immense Anzahl an Fällen nicht in angemessener Zeit zu bearbeiten. Dies führt immer wieder zum Eintritt von Verjährungen ohne das der Täter bestraft wurde. Dies ist nicht hinnehmbar.

Aus diesen Gründen wollen wir die Wiedereinführung des mittleren Dienstes.

Erhöhung der Besoldung

Die Menschen, die dem Staat dienen, sollen sich sorgenfrei auf ihren Dienst konzentrieren können. Eine der größten Sorgen ist und bleiben jedoch finanzielle Sorgen.

Aus diesem Grund wollen wir für die Besoldungsstufen A1 – A4 eine Erhöhung von 250€/Monat, für die Besoldungsstufen A5 – A13 eine Erhöhung von 500€/Monat und für die Besoldungsstufen ab B1 eine Erhöhung von 550€/Monat.

Transparenz bei Einnahmen von Politikern

Menschen, die dem Staat vorrangig dienen, sollten dies auch ausschließlich tun. Eine Verbindung von „Vorsorge für die eigene berufliche Zukunft“ und „Abstimmungs- und Entscheidungsverhalten“ wird immer wieder laut. Diesem Vorwurf kann nur durch Transparenz entgegengetreten werden. Daher wollen wir eine Verpflichtung für Politiker einführen, die Einnahmequellen zu veröffentlichen.

Für die kommunale Ebene gilt dies für alle Vorstehenden, z.B. Bürgermeister.

Für die Landesebene gilt dies ab der Ebene der Staatssekretäre aufwärts.

Für die Bundesebene gilt dies ab der Ebene der Hauptabteilungsleiter aufwärts.

Tätigkeitsverbot wegen Interessenskonflikten

Für alle Interessensvertreter (Politiker, Betriebsräte, etc.) wollen wir ein „Tätigkeitsverbot bei Interessenskonflikten“ einführen. Ein Interessensvertreter darf für die Länge der Dauer seiner Interessensvertretung nicht bei einem Nutznießer seiner Tätigkeit oder Entscheidung tätig werden.

So sollen „Vorkehrungen“ für die eigene Zukunft durch Interessensvertreter und die damit verbundene Beeinflussbarkeit verhindert werden.

Bundeswehr

Im Rahmen der Wiederannäherung und der Friedensbewegung in den 90er Jahren wurde die Bundeswehr immer weiter verkleinert und ihr Etat zusammengestrichen.

Jetzt wundern sich die Regierungsparteien der letzten 30 Jahre über den desolaten Zustand der Ausrüstung und der Infrastruktur der Bundeswehr.

Wir wollen die Hochsetzung des Verteidigungshaushaltes auf die, gemäß NATO-Verträgen geforderten, 2% des Bruttoinlandsproduktes.

Ministerium für Digitales

Wir wollen das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnologie (BSI) aus dem Bundesinnenministerium herauslösen und in ein Bundesministerium für Informationstechnologie und deren Sicherheit (BMIS) überführen.

Die Informationstechnologie ist ein so vernachlässigter Teil der Regierungspolitik, so dass es 2018 immer noch Funklöcher in Deutschland gibt und Orte, in denen man über eine Internetverbindung mit einem 56k-Modem glücklich wäre.

Der Ausbau der Mobilfunkabdeckung, der Ausbau der zukunftsfähigen Internetabschlüsse (mit mindestens 100 Mbit/sec) und die Förderung von Sicherheitsforschung sind die zentralen Aufgaben dieses neuen Ministeriums.

Abmahnungen

Das Abmahnunwesen muss ein Ende haben. Die Möglichkeit der Abmahnung, die im zwischenbetrieblichen Umfeld durchaus seine Berechtigung hat, muss auf diesen Bereich beschränkt bleiben. Die Abmahnung von Privatleuten, Vereinen oder Verbänden muss ausgeschlossen werden.

Datenschutz

Der Datenschutz muss, wie in der Europäischen Datenschutzgrundverordnung vorgegeben, umgesetzt werden. Die Datenschutzbehörden müssen in ihrer Arbeit gestärkt werden. Die Datenschutzbeauftragten aller Behörden müssen die Pflicht haben ihre Tätigkeitsberichte vor den zuständigen Versammlungen der gewählten Volksvertreter zu veröffentlichen und zu erklären. Es darf keine Ausnahmen geben, auch nicht für die militärischen oder geheimdienstlichen Behörden.

Verschlüsselung

Die Sicherheit von Kommunikation ist ein Grundrecht. Dies kann nicht durch einen technologischen Wandel geändert werden. Das Aufbrechen von verschlüsselten Kommunikationsverbindungen zum Zwecke der Massenüberwachung darf nicht mehr stattfinden.

Die Forschung nach Lücken in Hardware und Software muss auch eine staatliche Aufgabe sein. Der Ankauf solcher Lücken und auch deren langfristige Geheimhaltung darf aber nicht das Ziel sein. Der Ankauf solcher Lücken muss gestoppt werden. Gefundene Lücken müssen spätestens nach 6 Monaten an die zuständigen Hersteller gemeldet werden.

Vertrauen statt Verdacht

Die geänderten Polizeigesetze der letzten Wochen und Monate zeigen in eine gefährliche Richtung. Anstatt die Unschuldsvermutung anzuwenden, werden Menschen auf Verdacht über längere Zeit weggesperrt und das teilweise ohne Rechtsbeistand.

Das die Polizei, in ihrer jetzigen Personalstärke, den Anforderungen nicht gewachsen ist, ist kein Wunder. Die Lösung kann aber nicht lauten, dass wir von unseren rechtsstaatlichen Prinzipien abweichen.

Vorratsdatenspeicherung

Die Vorratsdatenspeicherung ist nur eine Placebo-Lösung. Es klingt toll und bringt nichts. Alle Terroranschläge der letzten Jahre wurden aufgeklärt, weil Polizisten gute Ermittlungsarbeit leisteten. Alle geplanten Anschläge wurden verhindert, weil die Polizisten gute Ermittlungsarbeit leisteten.

Die Daten aus der Vorratsdatenspeicherung sind viel zu umfangreich, um sie sinnvoll auszuwerten. Sie führt außerdem auch die Unschuldsvermutung absurdem. Daher sind wir für die Abschaffung der Vorratsdatenspeicherung.

Videoüberwachung

Was für die Vorratsdatenspeicherung gilt, gilt auch für die flächendeckende Videoüberwachung:

Die flächendeckende Videoüberwachung ist nur eine Placebo-Lösung. Es klingt toll und bringt nichts. Alle Terroranschläge der letzten Jahre wurden aufgeklärt, weil Polizisten gute Ermittlungsarbeit leisteten. Alle geplanten Anschläge wurden verhindert, weil die Polizisten gute Ermittlungsarbeit leisteten.

Die Daten aus der flächendeckenden Videoüberwachung sind viel zu umfangreich, um sie sinnvoll auszuwerten. Sie führt außerdem auch die Unschuldsvermutung absurdem. Daher sind wir für die Abschaffung der flächendeckenden Videoüberwachung.

Vorbeugehaft

Eine Inhaftierung auf Grund von kriminalistischer Erfahrung oder auf Grund von vagen Vermutungen dürfen in Deutschland niemals stattfinden. Die Inhaftierung ist eine immense Einschränkung der verbrieften Grundrechte eines Menschen, daher darf sie nur als äußerstes Mittel und nach vorheriger Prüfung durch einen Richter stattfinden. Die Vorbeugehaft, wie in vielen neuen Polizeigesetzen vorgesehen, muss unterbleiben.

Bildungspolitik

Das Wichtigste ist Bildung. Darin ist sich jede Partei einig. Das es für Bildung auch Lehrer braucht, Menschen also die bereit sind anderen ihr Wissen zu vermitteln, scheinen nur die Wenigsten begriffen zu haben. Anders kann es nicht zu erklären sein, dass trotz Lehrermangel in den Bundesländern Lehrer nur „Saisonverträge“ erhalten und in den Sommerferien arbeitssuchend sind.

Wir benötigen mehr Lehrer. Wir müssen sie fest anstellen, nur so kann auch eine vernünftige und tragfähige Unterrichtsplanung stattfinden.

Neben dem Wissen um den fachlichen Stoff und das Wissen um die Vermittlung von Kenntnissen, müssen Lehrer aber auch geschult werden im Umgang mit Kindern.

Das System der Ganztagesbetreuung ist sinnvoll und für viele Eltern hilfreich, aber auch hier muss dann der Betreuungsschlüssel angewandt werden.

Die Bildungspläne müssen endlich vereinheitlicht werden. Das Fach Religion sollte abgeändert werden in Ethik, denn der Staat ist zur Glaubensneutralität verpflichtet.

Eine starke Gemeinschaft

Wir sind eine Gemeinschaft. Wir leben hier zusammen. Aus diesem Grund kann eine starke Gemeinschaft die Lösung für viele Probleme sein. Die gemeinschaftliche und gemeinnützige Arbeit muss aber auch unter optimalen Bedingungen möglich sein.

Soziales Jahr

Wir sehen einen Verfall der sozialen Werte. Man kümmert sich mehr um sich und vergisst die Rücksicht auf die anderen. Diesen Trend wollen wir durch ein verpflichtendes Soziales Jahr stoppen und sogar umkehren.

Das Soziale Jahr ist für alle Geschlechter verpflichtend und beginnt am 01.08. jeden Jahres und endet am 31.08. des darauffolgenden Jahres. Das Soziale Jahr kann frühestens nach Ende der Schulpflicht angetreten werden und muss spätestens nach dem zweiten Jahr nach Ende der Schulpflicht begonnen werden.

Das Soziale Jahr muss, wie früher der Zivildienst, bei gemeinnützigen Einrichtungen absolviert werden. Als Alternative kann ein, zeitlich identischer, Wehrdienst bei der Bundeswehr absolviert werden.

Die Bezahlung sollte sich an den Besoldungsstufen A1 – A4 orientieren.

Freiwilligen Dienste

Arbeiten für gemeinnützige Vereine, Vereinigungen und Organisationen müssen über Gemeine Unfallversicherung abgesichert sein.

Tätigkeiten, die im Zusammenhang mit den Einrichtungen des Zivil- oder Katastrophenschutzes stehen, sind als Arbeitszeiten anzuerkennen und müssen durch das Land oder den Bund entsprechend entlohnt werden.

Religion

Als humanistische Partei sehen wir keinen Grund Menschen vorzuschreiben, was sie zu denken haben. Daher halten wir an dem Grundrecht der Glaubens- und Religionsfreiheit fest.

Jeder soll an alles glauben können und dürfen, an das er glauben will. Eine Unterstützung des Staates für einzelne Religionen muss aber vermieden werden. Staatliche Unterstützung ist nur unter dem Gesichtspunkt „alle oder keiner“ zu gewähren und sollte sich noch mehr an charitativen Gesichtspunkten orientieren.

Weltpolitik

Die Welt ist in Bewegung. Um uns herum erstarben die großen Länder und gewinnen mehr und mehr an Einfluss. Russland nimmt sich zunehmend selbst wieder als Weltmacht war. China hat einen riesen Sprung nach vorne gemacht und nimmt im asiatischen Raum die Vormachtstellung ein. Indien sprintet ebenfalls in Richtung wirtschaftlichem Wachstum und Wohlstand. Die USA schlingern, unter ihrem aktuellen Präsidenten, weltpolitisch herum ohne eine klare Linie. Auch in Afrika werden einzelne Länder innenpolitisch wieder stabiler und können sich auf ihr Wachstum konzentrieren.

All diesen Ländern können wir, als einzelnes Land, kaum etwas entgegensetzen. Daher kann es für die Wirtschaftspolitik, die Sicherheitspolitik und die Art und Weise, wie mit Flüchtlingen umgegangen wird, nur eine gesamteuropäische Lösung geben.

Europa

Wir müssen als Europa einheitlich auftreten, wenn wir wahr- und ernstgenommen werden wollen. Einzelstaatliche Lösungen sind zu kurz gedacht und werden mittelfristig zurückgeworfen. Die Antwort für die aktuellen Probleme in den europäischen Ländern kann nur in einem vereinten Europa gelöst werden.

EZB

Die Europäische Zentralbank muss anfangen, die europäischen Staaten direkt zu finanzieren. Die Staaten brauchen keinen „Kreditvermittler“, der für seine Dienste auf den Kredit der EZB noch ein paar Prozente „Vermittlungsgebühr“ aufschlägt.

Schuldenpolitik

Anstatt die europäischen Staaten weiter mit Einsparungen zu quälen, muss ein Umdenken stattfinden. Die Staaten müssen ihre horrenden Kredite durch EZB-Direktkredite ablösen und müssen wieder Investitionen tätigen. Gleichzeitig muss eine konsequente Steuerpolitik geschaffen werden, um die Staatseinnahmen zu gewährleisten.

Flüchtlinge

Das Problem sind nicht die fliehenden Menschen, das Problem ist die fehlende staatliche Unterstützung und Kontrolle. Ein „Wir schaffen das!“ ohne einen Plan, bleiben nur zuversichtliche Worte. Auf europäischer Ebene muss, für die Ländern, die sich weigern die Flüchtlinge aufzunehmen und damit die europäischen Verträge brechen, die finanzielle Unterstützung ausgesetzt werden.

Durch den Wiederaufbau der Polizei, den Wegfall der Hartz IV-Stellen und die Mitarbeiter des Sozialen Jahrs können wir die Menschen, die zu uns geflüchtet sind nicht nur menschenwürdig aufnehmen und unterbringen, sondern wir können sie auch betreuen und sie unterstützen.

Durch mehr Lehrkräfte können wir auch Qualität und die Quantität der Deutschsprachkurse weiter erhöhen. Das mit den Flüchtlingen auch Verbrecher mit ins Land kommen ändert nichts an der Notwendigkeit die Flüchtlinge zu unterstützen.

Wahlaufruf

Die DHSP möchte Deutschland und Europa voranbringen. Im Herbst 2021 geht es darum, den bisherigen Regierungsparteien zu zeigen, dass es reicht. Ein Wandel muss kommen. Wir haben nicht alle Antworten auf alle Fragen, aber wir haben viele Ideen, um unser Land in eine sichere Zukunft zu führen. Unser Angebot richtet sich an alle Menschen in Deutschland. Denn nur so können wir den notwendigen Wandel auch vollziehen und ein Deutschland und ein Europa aufbauen, in dem auch unsere Kinder noch in Sicherheit und vereint leben können. Für eine gemeinsame, sichere Zukunft und ein solidarisches Deutschland. Wir rufen alle Wählerinnen und Wähler auf: wählen sie 2021 die deutsche humanistisch solidarische Partei.

*Deutsche humanistische solidarische Partei
DHSP*

*Vorsitzender:
Schatzmeister:*

*<https://www.dhsp.eu>
<https://www.deutschehumanistischesolidarischepartei.eu>
<https://www.deutschehumanistischesolidarischepartei.de>*
